

Pressemitteilung

Berlin, den 25.05.2020

BVÖGD warnt: Lockerungsmaßnahmen führen zu Mehrbelastung in den Gesundheitsämtern

Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) weist darauf hin, dass die nun in allen Bundesländern vorgenommenen Lockerungsmaßnahmen zu einer Erhöhung der zu ermittelnden Kontaktpersonen bei Neuinfizierten führen werden. Wenn die Menschen mehr unterwegs sind und sich wieder zu Mehreren an verschiedenen Orten treffen, haben Neuinfizierte in der Phase der Ansteckungsfähigkeit eine höhere Anzahl von Kontakten. Das bedeutet: Auch wenn die Zahl der Neuinfizierten derzeit abnimmt, müssen die Gesundheitsämter für jede betroffene Person wesentlich mehr Kontakte nachverfolgen.

In den letzten Wochen hat es durch Unterstützung von vielen Freiwilligen in den Gesundheitsämtern eine personelle Verstärkung gegeben. Diese Freiwilligen (Studierende, im Ruhestand befindliche Ärztinnen und Ärzte und andere, sowie Personal aus anderen Verwaltungen) werden jetzt nach und nach abberufen, da sie wieder in ihrem eigentlichen Umfeld arbeiten müssen. Bisher ist kein Personal dauerhaft in den öffentlichen Gesundheitsdienst eingestellt worden.

„Wenn jetzt weitere Lockerungsmaßnahmen wie auch Wegfall der Maskenpflicht, der Abstandsregelung und der Hygienevorschriften umgesetzt werden, führt das zu einer erheblichen Mehrbelastung in den Gesundheitsämtern“ so die Vorsitzende des Bundesverbandes, Ute Teichert.

In den letzten Jahren sind in den Gesundheitsämtern viele Stellen weggefallen oder konnten nicht neu besetzt werden. Schon vor der Coronakrise waren die Gesundheitsämter personell so ausgedünnt, dass sie ihre gesetzlichen Aufgaben kaum mehr erfüllen konnten. Dies wird jetzt umso schwieriger, da für die Ermittlung der Kontaktpersonen nicht genügend Personal in den Gesundheitsämtern zur Verfügung

steht und die vorübergehende Unterstützung wieder abgezogen wird. Hier sieht der BVÖGD einen dringenden Handlungsbedarf. „Wenn wir weiterhin die Verbreitung des SARS-CoV-2 Virus verhindern wollen, brauchen wir genügend Menschen, die die Containmentstrategie sichern und Kontakte nachverfolgen können“ fordert Ute Teichert.

Dies ist ein dringender Appell an die Politik, für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der BVÖGD weist zudem darauf hin, dass es dringend notwendig ist, die Bezahlung in den Gesundheitsämtern anzuheben. Seit Jahren verweigert die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände insbesondere eine adäquate Bezahlung der Ärztinnen und Ärzte. Die Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheitsämtern verdienen deutlich weniger als Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern. Mit dieser Ungleichbehandlung muss endlich Schluss sein, hier sind die Tarifpartner gefordert, eine adäquate Bezahlung anzubieten.

VdiSP:

Bundesgeschäftsstelle BVÖGD

Joachimsthaler Straße 10

10719 Berlin

info@bvoegd.de